

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Gewappnet für den Ernstfall? Reform des Thüringer Katastrophenschutzes endlich angehen!

- I. Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat Thüringen nicht in der notwendigen Art und Weise auf komplexe Katastrophen- und Krisenfälle vorbereitet ist.
- II. Aus diesem Grund erwartet der Landtag von der Landesregierung die Umsetzung von Maßnahmen zur Krisenprävention in Thüringen. Dabei sollen unter anderem folgende Kriterien berücksichtigt werden:
 1. Beschaffung von Notstromaggregaten und Satelittentelefonen, um eine zuverlässige Kommunikation der Katastrophenschutzbehörden in Krisenlagen zu gewährleisten;
 2. Schaffung einer strategischen Bevorratung von Kraftstoffen und Heizöl; die Reserve soll dazu dienen, einen potenziellen, kurzfristigen Erdöl-Versorgungsengpass des Freistaats Thüringen und seiner kritischen Infrastruktur zu überbrücken;
 3. Ausbau eines landesweiten Treibstoffnetzes für Krisen- und Katastrophenfälle;
 4. Verbesserung der Logistik im Bereich der Hilfeleistungskontingente, um autarkes Agieren im Hinblick auf Sanitär und Verpflegung der Hilfskräfte zu garantieren;
 5. Durchführung von regelmäßigen ressort- und behördenübergreifenden Katastrophenschutzübungen unter Einbindung der Betreiber kritischer Infrastruktur;
 6. Verbesserung der Warnsysteme durch eine flächendeckende Ausstattung aller Gemeinden mit Sirenen; auch das staatliche Modulare Warnsystem (MoWaS), das die Basis der Warnungen per App ist, muss zukünftig ohne Fehler funktionieren;
 7. Überprüfung einer Waldbrandüberwachung durch Drohnen, aufgrund der Waldbranderfahrungen der letzten Jahre;
 8. Anschaffung von modernen Löschwasserbehältern;
 9. Integration eines Kompetenzzentrums zur Waldbrandbekämpfung am Boden an der Landesfeuerweherschule Bad Köstritz;
 10. Beschaffung mobiler Einsatzzentralen zur Übernahme von Leitstellenfunktionen in Krisengebieten. Diese sind im Zusammenhang mit Krisenfällen und Großschadenslagen eine energieautarke Lösung für die breitbandige Konnektivität der Einsatzkräfte.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich eine Aufstockung des Katastrophenschutzfonds vorzunehmen. Hierfür stellt der Landtag im Haushalt 2023 zusätzliche Mittel im Umfang von einer Million Euro bereit.

- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 ein aktuelles Krisenmanagementkonzept vorzulegen.
- V. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine weitere Stärkung des Bevölkerungs- und Zivilschutzes einzusetzen und gemeinsam mit dem Bund das Engagement für den Bevölkerungs- und Zivilschutz abzustimmen. Insbesondere ist notwendig, dass neben dem finanziellen Engagement der Länder der Bund für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes Mittel von rund zehn Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre für ein "Stärkungspaket Bevölkerungsschutz" bereitstellt. Ziel muss es sein, die erforderlichen Strukturen zu schaffen, um der Bevölkerung bei länderübergreifenden Lagen einen adäquaten Schutz bieten zu können.
- VI. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eines von acht geplanten Logistikzentren des Bundes in Thüringen errichtet sowie eine der geplanten "Labore 5000"-Einheiten in Thüringen stationiert wird.

Begründung:

Für Ausnahmesituationen, wie Hochwasser, Hitzewellen, Waldbrände oder Stromausfälle brauchen wir einen gut ausgestatteten Bevölkerungsschutz. Zusätzlich hat sich die sicherheitspolitische Lage durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundlegend geändert.

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass Einsatzlagen bei Katastrophen immer komplexer werden. Das haben vor allem die letzten Jahre mit Extremwetterlagen, der Pandemie sowie der Energiekrise eindrücklich gezeigt. Daher müssen der Katastrophenschutz und das Krisenmanagement in Thüringen fortentwickelt und reformiert werden.

Das Fondsvermögen im Thüringer Katastrophenschutzfonds in Höhe von 2,3 Millionen Euro entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand und muss deshalb dringend erhöht werden, damit der Freistaat Thüringen im Ernstfall reagieren kann.

Nachdem bereits andere Bundesländer Prozesse angestoßen haben, mit dem Ziel, neue Konzepte für den Katastrophenschutz zu entwickeln, sollte nun auch in Thüringen keine weitere wertvolle Zeit verloren gehen. Hierfür braucht es eine Reihe von konkreten Maßnahmen (siehe Punkt III), um die Krisenfähigkeit im Freistaat Thüringen nachhaltig zu verbessern.

Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Vorsorgeplanung auf allen Ebenen für ein wirkungsvolles Risikomanagement. Nur so kann der Freistaat Thüringen bei länger andauernden, großflächigen und komplexen Krisenlagen handlungsfähig sein.

Für die Fraktion:

Bühl